

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Ausgabe vom 30.07.2018

Von Knut Mellenthin

01.08.2018

EU enttäuscht, offener Bruch bleibt aus

Unternehmen haben sich aus Iran-Geschäft zurückgezogen, Verhandlungen kommen nicht voran



Teheran, 14. Juli: Irans Präsident Hassan Rohani nach einem Treffen mit Parlamentssprecher Ali Laridschani (r.) und Justizchef Ajatollah Sadegh Laridschani (jüngerer Bruder von Ali Laridschani)

Foto: Iranian Presidency Office via AP

Nur noch eine Woche bleibt, bis am 6. August viele der US-amerikanischen Sanktionen gegen den Iran wieder angewandt werden sollen. Die nächste dieser Eskalationsstufen soll am 4. November zünden: Die US-Administration hat alle Käufer iranischen Erdöls

aufgefordert, bis dahin ihre Importe auf Null zu reduzieren. »Nach Möglichkeit«, wie es aus Washington heißt. Ein nicht genau definierter Spielraum bleibt. Denn wenn die Welt dem US-amerikanischen Kommando vollständig folgen würde, entstünde auf dem ohnehin schon etwas unterversorgten globalen Ölmarkt ein zusätzliches Defizit von mehr als zwei Millionen Barrel pro Tag. Saudi-Arabien allein könnte eine Lücke dieser Größenordnung wahrscheinlich nicht füllen. Die Saudis würden außerdem die gerade erst gewonnene, sehr verletzliche Handlungseinheit der Gemeinschaft erdölproduzierender Länder (OPEC) und ihrer Partner wie Russland aufs Spiel setzen, wenn sie ihre Förderung so stark steigern würden.

Seit Donald Trump am 8. Mai den Bruch der 2015 geschlossenen internationalen Vereinbarungen mit dem Iran bekanntgab, ist schon fast ein Vierteljahr vergangen. Zwar war vom ersten Moment an unzweifelhaft, dass die fünf anderen Partner des Wiener Abkommens – Russland, China, Frankreich, Deutschland und Großbritannien – dem Schritt des US-Präsidenten nicht folgen würden. Aber die Anstrengungen Teherans, mit den drei EU-Vormächten über die Fortsetzung der wirtschaftlichen Kooperation zu verhandeln, brachten bisher kaum praktische und verbindliche Ergebnisse.

Am 22. Juli mahnte der Sprecher des iranischen Parlaments, Ali Laridschani, an, dass die Europäer endlich ihre Pläne für die »vollständige Umsetzung« des Wiener Abkommens nach dem Ausstieg der USA vorlegen müssten. Der Titel »Sprecher« könnte über den Platz von Laridschani in der Hierarchie seines Landes täuschen. Tatsächlich gehört der Chef des Parlaments zu den wichtigsten Politikern des Iran. Die Laridschanis sind außerdem eine der einflussreichsten Familien, zwei weitere Brüder besetzen wichtige Positionen, und sie alle haben enge Beziehungen zu »Revolutionsführer« Ali Khamenei.

Am 23. Juli wiederholte einer der stellvertretenden Außenminister, Abbas Aarakschi, das Drängen auf klare Antworten der EU. Formaler Chefunterhändler des Iran ist Außenminister Dschawad Sarif. Aber tatsächlicher Verhandlungsführer ist, da Sarif nur selten an den Besprechungen persönlich teilnimmt, in dessen Abwesenheit Aarakschi. In seiner Stellungnahme am vergangenen Montag betonte der Diplomat, dass die Europäer zwar zufriedenstellende Grundsatzserklärungen zu allen wesentlichen Fragen der neuen Situation nach dem Ausstieg der USA abgegeben hätten, aber der Iran immer noch auf ihre praktischen Lösungsvorschläge warte.

Tatsache ist, dass die Iraner vom bisherigen Verhalten der EU enttäuscht sind, aber keinen erklärten Bruch mit den Europäern riskieren wollen. Viele große europäische Unternehmen haben, noch bevor die Fristsetzung der US-Administration sie dazu nötigte,

ihren Rückzug aus dem Iran-Geschäft erklärt. Da die in Wien vereinbarte Suspendierung der Sanktionen erst im Januar 2016 in Kraft trat und die Kooperation auch danach nur langsam und vorsichtig in Gang kam, verlieren diese Unternehmen durch ihren Rückzug relativ wenig Geld. Die Möglichkeiten der EU, in diesen Prozess einzugreifen und ihn wenigstens abzuschwächen, sind, realistisch betrachtet, gering.

Iran hat in den vergangenen Wochen und Monaten versucht, die Europäer durch Drohungen für den Fall eines Zusammenbruchs des Wiener Abkommens zu beeinflussen. Im Mittelpunkt steht dabei immer noch die Option einer verstärkten Wiederaufnahme der Urananreicherung. Der offensichtliche Schwachpunkt dieser Drohung ist, dass Iran dabei nichts gewinnen, aber viel verlieren würde. Dadurch befinden sich die EU-Politiker vorerst in einer starken Position, wenn sie dem Iran praktisch kaum entgegenkommen.